

Kiel fordert: Bildung muss allen zugänglich und kostenfrei sein!

Die SPD-Fraktionschefs fordern in Kiel eine klare Bildungsfinanzierung und kostenlose Bildung für alle Schüler, um Demokratie zu stärken.

In Kiel haben sich die Fraktionschefs der SPD auf eine klare und verbindliche Finanzierung der Bildungspolitik verständigt. Bei einem Treffen forderten die Parlamentarier von verschiedenen politischen Ebenen – Landtagen, Bundestag und Europaparlament – eine Überprüfung der finanziellen Mittel für den Bildungsbereich. Der gemeinsame Konsens ist, dass jede Ebene, die politische Entscheidungen trifft, auch für die Finanzierung verantwortlich sein muss. Dies ist besonders wichtig, um eine gerechte und nachhaltige Bildungsfinanzierung zu gewährleisten.

Die Diskussion über die Bildungsfinanzierung ist entscheidend, da Bildung eine fundamentale Rolle in der Gesellschaft spielt. Sie gibt den Menschen nicht nur Kraft und Inspiration, sondern auch die Fähigkeit, kreativ zu denken. Wie in der Erklärung festgehalten wurde, sind demokratische Werte darauf angewiesen, dass engagierte Bürger:innen aktiv gegen gesellschaftliche Spaltungen und Hass eintreten. Der Aufruf, Schulen als Lernorte für Demokratie zu gestalten, steht im Mittelpunkt der neuen Bildungsinitiative.

Schulen als Orte der Demokratie

Die Fraktionschefs haben zudem vorgeschlagen, dass jeder Schüler während seiner Schulzeit mindestens einmal eine KZ-

Gedenkstätte sowie ein Parlament besuchen sollte. Diese grundlegenden Erfahrungen sollen dazu dienen, das Demokratieverständnis zu vertiefen und das Bewusstsein für historische Zusammenhänge zu fördern. Um diese Ziele zu erreichen, wurden spezifische Fördertöpfe angeregt, aus denen Gelder für solche Bildungsreisen bereitgestellt werden sollen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des neuen Ansatzes ist die Forderung nach kostenfreier Bildung. Die SPD-Politiker sind sich einig, dass die Kosten für Betreuung und Verpflegung an Schulen und in Kitas nicht von den Eltern getragen werden sollten. Derzeit regeln die Bundesländer unterschiedlich, in welchem Maße Eltern für die Betreuung ihrer Kinder aufkommen müssen, was zu ungleichen Verhältnissen führt. „Bildung darf nicht von finanziellen Mitteln abhängen,“ äußerte Serpil Midyatli, die Fraktionsvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein.

Digitalpakt für moderne Schulen

Zusätzlich wurde die Notwendigkeit eines Digitalpakts 2.0 angeführt. Dieser soll die Gemeinden unterstützen, damit die Schulen mit der nötigen digitalen Infrastruktur ausgestattet werden, ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten. Midyatli betonte weiter, dass die Schulen dringend modernisiert werden müssen, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden. „Wir müssen unsere Schulen auf die Höhe der Zeit bringen,“ so ihre klare Aussage. Die SPD setzt damit einen bedeutenden Schritt, um die heimischen Bildungseinrichtungen in eine zukunftsfähige Richtung zu lenken.

Diese Gespräche und Beschlüsse sind von grundlegender Bedeutung für die langfristige Entwicklung des Bildungssystems in Deutschland. Auch die finanzielle Ausstattung und der Zugang zu Bildung sind Themen von großer Relevanz, die sich in den kommenden Jahren stark auf die Gesellschaft auswirken könnten. Die aktuellen notwendigen Schritte könnten entscheidend für die Zukunft der Bildungslandschaft sein und dabei helfen, die demokratischen Werte weiterzuentwickeln.

Für mehr Informationen zu dieser wichtigen Diskussion können Details im ausführlichen Bericht **auf www.radiohochstift.de** nachgelesen werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at